



2012 wird liberaler – die FDP wird dringend gebraucht!

Wir werden Dreikönig einen gute Start ins neue Jahr vorlegen und werden auch wieder Wahlen gewinnen. Liberale Themen sind aktueller denn je. **Die FDP wird wieder zu Kräften kommen:** nachdem der Mitgliederentscheid vorbei ist und die inhaltliche und personelle Beschäftigung mit sich selbst der Vergangenheit angehören muss, kann die FDP wieder besten Mutes in die Zukunft sehen. Einerseits gilt es für Liberale nun, konstruktiv und lösungsorientiert in der Koalition in Berlin zu arbeiten, andererseits werden wir jetzt erst Recht die alternativen Politikinhalt der FDP gegenüber allen anderen Parteien herausarbeiten.

Eine konstruktive, lösungsorientierte Arbeit in der Koalition heißt vor allem, gemeinsam mit der CDU/CSU nunmehr die erreichten Erfolge darstellen und gemeinsam weitere Themen angehen. Das Bremserhäuschen war noch nie der Aufenthaltsort für Liberale; vielmehr kümmern wir uns um liberale Ansätze für Lösungen: **im Zweifel für die Freiheit.**

Gerade wenn dieses gilt, sollten wir meines Erachtens in der Innenpolitik stärker definieren, wie wir uns eine **liberale Sicherheitspolitik** vorstellen. Es reicht nicht, nur die Rolle als „Verteidiger“ an einer roten Linie zu stehen, sondern wir sollten versuchen, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen: bessere Sicherheitsstrukturen, die Polizei wieder als „Freund und Helfer“ festigen, mehr Chancen für Beamte schaffen und frühzeitig auf Kinder und Jugendliche ein- und zugehen, um Fehlentwicklungen schnell beheben zu können. In der Arbeitsmarktpolitik gilt es, über ein ordnungspolitisch sauberes Modell **Lohnuntergrenzen** zu finden, um wieder Wettbewerb und Arbeitseinstiegchancen zu schaffen. Der „ehrbare Kaufmann“, der unser Bild des baden-württembergischen Unternehmers prägt, ist der, der bei allem Wettbewerbsdruck fair mit seinen Geschäftspartnern, seinen Kunden und seinen Mitarbeitern umgeht und vor allem über innovative Produkte und Dienstleistungen punktet. Wir brauchen bei



Frohe Festtage

Allen Lesern meines Bundestagsinfos wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2012

der Wochen- und Lebensarbeitszeit, im Betriebsübergang oder bei Versorgungsrechten mehr Flexibilität für Unternehmen und Arbeitnehmer, um dem wichtigen, globalen Wettbewerb standhalten zu können; dies klappt bei einer motivierten, offenen Belegschaft, die fair und respektvoll behandelt wird.

Steuervereinfachungen und die **Befreiung von unproduktiver Verwaltungs- und Administrativtätigkeit** in Unternehmen müssen in Zeiten knapper Kassen und der Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung im Vordergrund stehen; die Bürokratie in der Steuer- und Sozialverwaltung muss effektiv angegangen werden. Wer etwas unternehmen will, sollte nicht auch noch Knüppel zwischen die Beine bekommen. Die **Energiewende** bietet große Chancen für unsere Forschungs- und Entwicklungslandschaft in Deutschland; gerade Hand-

werk und Mittelstand als Innovationstreiber wollen den Aufbruch. Es gilt, den Energiestandort Deutschland sicher, belastbar und sauber - ohne ideologische Scheuklappen - zu gestalten.

In Zeiten einer schrumpfenden, immer älter werdenden Bevölkerung brauchen un-

Termine

05.01. - 06.01.2012 Dreikönigstreffen
FDP-Landesparteitag und Kundgebung in Stuttgart

16.01. - 20.01.2012 Bundestag
Sitzungswoche in Berlin

30.01.2012 FDP-Neujahrsempfang
Kreisverband Rems-Murr / Kreistagsfraktion in Schorndorf um 19 Uhr.

Fortsetzung von Seite 1:



sere Unternehmen **Fachkräfte**, bessere Bildung und eine glaubwürdige Politik: eine verlässliche, flächendeckende Kinderbetreuung schafft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und damit mehr Karrierechancen für gut ausgebildete Frauen. Senioren profitieren vom lebenslangen Lernen und davon, dass sie, nicht nur ökonomisch, gebraucht werden. Qualifizierte Zuwanderer sollen nach klaren und einfachen Kriterien nach Deutschland kommen können, um selbstständig ihre Zukunft frei gestalten und unserer Gesellschaft weiter wertvolle Beiträge auch zu unserem Wohlstand bringen zu können.

Dies sind nur einige Beispiele, wo die FDP Lösungen anbieten kann. **Die FDP wird gebraucht**, wenn es gilt, angemessene Lösungen mit ökonomischen Sachverstand in den Meinungsstreit und die Regierungsarbeit einzubringen. **Die liberalen Grundsätze gelten nach wie vor.** Es geht um die Einstellung der Liberalen und ihrem Bezug zu den Menschen: wir schauen lebensbejahend in die Zukunft und sehen die Freiheit des Einzelnen nicht als Risiko, sondern als Chance für unsere Gesellschaft an. Wir vertrauen den Menschen und ihrem gebildeten Gewissen, wir respektieren ihn als Individuum, nicht als ängstlicher „verlorener Teil“ einer erdrückenden Herde - und sehen auch im technischen Fortschritt optimistisch nicht zuerst nur das Risiko, sondern vor allem auch die Möglichkeit. Wir wollen, dass Eigentum, Erbrecht und Besitz gesichert werden, da dadurch Kreativität, Unternehmertum auch über Generationen und die Weiterentwicklung einer Volkswirtschaft erreichbar ist.

Freiheit vor Bevormundung
Die Übernahme von Verantwortung für unsere Gesellschaft, ob in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde oder am Arbeitsplatz, muss gleichzeitig gestärkt werden. Offenheit und Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, die Freiheit vor Bevormundung, Toleranz und demokratische Bürgerrechte bilden mit dem Einsatz für die soziale Marktwirtschaft, der Freiheit des Eigentums, der Stärkung des Wettbewerbs und der Verhinderung von Monopolen Grundpfeiler liberalen Denkens. Unsere Gesellschaft wird von liberalen Ideen getragen, die alle gemeinsam immer wieder in einen Ausgleich gebracht werden müssen. Diese für Deutschland weiter zu entwickeln und in Europa einzubringen, ist Aufgabe der FDP für die nächsten Jahrzehnte.

Aus dem Bundestag



Ergebnisse des EU-Gipfels

Im Anschluss an die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel hat der Bundestag die Ergebnisse des Europäischen Rates diskutiert. FDP-Fraktionschef **Rainer Brüderle** zeigte sich mit den Verhandlungsergebnissen in Brüssel zufrieden: Eurobonds und eine Banklizenz für den ESM wurden verhindert, nationale Schuldenbremsen und eine Deckelung des Rettungsschirms vereinbart. Man sei auf dem Weg hin zu einer Überwachung der nationalen Haushalte. Letztere seien quasi die automatischen Sanktionen, für die die christlich-liberale Koalition immer gekämpft habe. Kein Verständnis habe er für die Kritik des SPD-Fraktionschefs Frank-Walter Steinmeier. Dieser kämpfe mit seinem Plädoyer gegen Verhandlungen fast aller Staats- und Regierungschefs der Eurozone an. Der Gipfel habe auch gezeigt, dass sich Deutschland mit seinen Forderungen nach neuen Stabilitätskriterien und Schuldenbremsen nicht isoliert habe, wie von der Opposition prognostiziert wurde. Vor den Beratungen in Brüssel sei man von einer 17 plus Zustimmung ausgegangen. Herausgekommen sei eine 27 minus eins, erklärte Brüderle. Jetzt werde der Stabilitätspakt II gemeinsam vorbereitet. Der Umweg über völkerrechtliche Verträge sei zwar „nicht unbedingt die eleganteste“ Lösung, „Aber in der Politik gilt: Lieber mit Hausmannskost ans Ziel kommen, als in Schönheit unterzugehen“, betonte Brüderle. In seiner voraussichtlich letzten Rede als Parlamentarier unterstrich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Werner Hoyer**, die Bedeutung der gemeinsamen Währung für das Zusammenwachsen Europas. In der Zeit, als die Maastrichter-Verträge geschlossen wurden, habe es bereits die Erwartung gegeben, auch die politische Union Europas voranzubringen. Damals sei dies noch nicht möglich gewesen. Jetzt sei die Gelegenheit dazu gekommen und die Chance dürfe nicht ungenutzt verstreichen, betonte Hoyer.

Afghanistan

Am 15.12.2011 hat Außenminister **Guido Westerwelle** eine Regierungserklärung zur Lage in Afghanistan abgegeben und den Fortschrittsbericht der Bundesregie-

rung vorgestellt. Im Vorfeld hatte die Afghanistan-Konferenz in Bonn stattgefunden. Unter anderem wurde über die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen beraten. Der Bundestag hat den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des ISAF-Mandates beraten. „Wir verlängern diesen Einsatz für ein weiteres Jahr - aber diese Verlängerung bedeutet kein: Weiter so“, stellte FDP-Außenpolitiker **Bijan Djir-Sarai** klar. 2012 soll erstmals das Bundeswehrkontingent in Afghanistan reduziert werden. Dann werden nur noch bis zu 4.900 Soldaten in Afghanistan im Einsatz sein. Gegenwärtig beläuft sich die Zahl der Bundeswehrsoldaten noch auf maximal 5.350. Ein kompletter Abzug ist bis Ende 2014 vorgesehen. FDP-Sicherheitspolitikerin **Elke Hoff** nannte einen „überstürzten Abzug“, wie ihn Linkspartei und Grüne fordern, „verantwortungslos“. Vor diesem Hintergrund lobte sie die Ankündigung der SPD, die Verantwortung für die Teilnahme Deutschlands an dem Afghanistan-Einsatz bis zum Schluss zu tragen und dem Mandat zuzustimmen. In das bei einem „kopflösen Abzug“ entstehende Machtvakuum würden sonst nämlich genau die Kräfte dringen, „die dazu beigetragen haben, dass das Land sich in einer solchen desolaten Lage befindet“, betonte Hoff.

Mediation

Streitigkeiten können künftig leichter außergerichtlich geregelt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedete der Bundestag am 15.12.2011 mit breiter Mehrheit. FDP-Rechtsexperte **Christian Ahrendt** sprach von einem „Meilenstein in der außergerichtlichen Streitbeilegung“. Das Gesetz gebe ein „klares Konzept für eine vertrauensvolle und strukturierte Mediation“ vor. Statt sich vor Gericht zu streiten, sollen Menschen außergerichtlich einen Konsens finden. Das ist das Ziel der außergerichtlichen Mediation, welche die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf jetzt stärkt. Neben der außergerichtlichen Mediation werde es auch weiterhin die Möglichkeit einer gerichtlichen Mediation geben, betonte Ahrendt. Diese werde nach Art des Güterrichtermodells ausgestaltet sein, erklärte der Liberale.



im Deutschen Bundestag

Europa

EU-Russland Gipfel

Unter dem Eindruck der Betrugsvorwürfe zur Parlamentswahl in Russland begann am 14.12.2011 ein zweitägiger EU-Russland-Gipfel in Brüssel. Noch am Tag zuvor forderte das EU-Parlament in einer Resolution Neuwahlen und eine umfassende und sofortige Untersuchung aller Berichte über Wahlbetrug und Einschüchterungen bei den Wahlen in Russland vom 4. Dezember. Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind aber auch deswegen schwierig, weil es seit Jahren keinerlei Fortschritte bei den Verhandlungen über ein neues tiefgehendes Kooperationsabkommen mehr gibt. Die EU hatte dieses Abkommen auch angestrebt, um mehr Sicherheit hinsichtlich ihrer wichtigen Gasimporte aus Russland zu bekommen. Bei den hochrangigen Gesprächen von Russlands Präsident Medwedew mit EU-Ratspräsident Rompuy und Kommissionspräsident Barroso ging es somit hauptsächlich um Regelungen zu Gaslieferungen und Russlands Wunsch nach einem Verzicht auf Einreisevisa bei Geschäfts- und Touristenreisen. Dass Russland für die Europäische Union ein schwieriger, aber wichtiger Partner ist, erklärten auch der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion **Michael Link** und der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion **Rainer Stinner**: „Russland wird seine riesigen Chancen als rohstoffreiches Industrieland nur nutzen können, wenn es sich umfassend modernisiert. Doch ohne Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kann dies nicht gelingen.“

EU-Parlament: Bericht zu Weißbuch Verkehr

Am 15.12.2011 hat das Europäische Parlament einen Bericht zum Weißbuch Verkehr der Europäischen Kommission beschlossen. In diesem Weißbuch wird die europäische Verkehrspolitik für das kommende Jahrzehnt und auch darüber hinaus bis zum Jahr 2050 skizziert. In dem angenommenen Bericht des EU-Parlaments geben die Abgeordneten verpflichtender Ziele in Bezug auf Umwelt und Sicherheit vor, um einen einheitlichen europäischen Raum für effizienten, sicheren und umweltschonenden Verkehr zu schaffen. So soll bis 2020 die Unfallopferquote im Straßenverkehr gegenüber 2010 um die Hälfte sinken und Kosten für Luftverschmutzung, Lärm und Stau in den Preis aller Verkehrsträger einberechnet werden. Die Obfrau der Liberalen im Verkehrsausschuss des EU-Parlaments, **Gesine Meißner**, begrüßt das Weißbuch grundsätzlich, da der europäische Binnenmarkt europaweit funktionierende Verkehrswege unter Einbeziehung aller Transportmittel braucht. Dennoch sieht sie die mangelnde Flexibilität in der Zielsetzung kritisch: „Bei einigen von der Kommission vorgeschlagenen Zielen

mussten wir gegensteuern, zum Beispiel bei der Pflicht zur Verlagerung des Güterverkehrs über Distanzen von mehr als 300 Kilometern ausschließlich auf Schiene und Wasserwege. Welcher Transportweg die beste ökonomische und ökologische Bilanz hat, hängt immer vom Einzelfall und den regionalen Gegebenheiten ab.“

Startschuss: Verschärfter Stabilitäts- und Wachstumspakt

Seit Dienstag dieser Woche hat die Eurozone einen stärkeren Stabilitäts- und Wachstumspakt. Am 13. Dezember trat das sogenannte Sixpack, ein Gesetzespaket zur Verschärfung der Haushaltsdisziplin, in Kraft. Das Paket beinhaltet vor allem schärfere Standards für verantwortungsvolle Haushaltsführung und eine quasi-automatische Sanktionierung von Verstößen. Insbesondere die FDP hatte sich in den intensiven Verhandlungen zwischen den Europäischen Institutionen fortwährend für eine weitgehende Automatisierung von Sanktionen eingesetzt. Als es dann Ende September zur Abstimmung über diese Reform kam, stimmten die deutschen Abgeordneten von SPD und Grüne jedoch weitestgehend dagegen, speziell gegen das neue Sanktionsregime. Für Rainer Brüderle, Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag, ist der Euro „Symbol für Frieden, Wohlstand und für ein Europa des Zusammenwachsens“. In dem Stabilitätspakt II sehen manche Beobachter „die zweite Geburtsstunde des Euros. Es ist vielmehr die Geburtsstunde der europäischen Stabilitätsunion“, stellte er dazu klar.

Mitgliederentscheid zum ESM

FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle hat das klare Ergebnis des Mitgliederentscheids begrüßt: „Es macht einmal mehr deutlich, dass die FDP eine pro-europäische Partei ist und bleibt. Das stärkt auch **Philipp Rösler**. Die Mitglieder der Bundesregierung und die FDP-Bundestagsfraktion werden jetzt weiter entschlossen an der Lösung der europäischen Verschuldungskrise arbeiten. Mit dem ESM werden wir einen Mechanismus umsetzen, der kurzfristig betroffenen Ländern hilft und langfristig die Weichen für eine Stabilitätsunion stellt“, erklärte der liberale Parteivorsitzende. „Der Mitgliederentscheid hat die innerparteiliche Debatte um den Kurs in der Europapolitik befördert. Das begrüße ich sehr, aber jetzt ist die Zeit, das demokratische Ergebnis gemeinsam, geschlossen und kraftvoll nach außen zu vertreten. Ich habe nie ein Scheitern des Antrags des Bundesvorstandes ernsthaft in Erwägung gezogen. Die FDP und die FDP-Bundestagsfraktion werden nun gemeinsam daran arbeiten, 2012 zu einem erfolgreichen Jahr für die Liberalen zu machen.“

Ergebnis des FDP Mitgliederentscheides

Der Mitgliederentscheid zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ergab folgendes Ergebnis:

Philipp Rösler teilte am Freitag, den 16.12.2011 mit: eine unabhängig Zählkommission hat unter notarieller Aufsicht den Mitgliederentscheid ausgezählt und kam zu dem Ergebnis, dass Antrag B (Bundesvorstand) 54 %, Antrag A (Schäffler/Hirsch u.a.) 44 % der abgegebenen Stimmen bekamen. Insgesamt gingen 20.364 Stimmen ein, davon waren 20.178 Stimmen gültig. Das Quorum von 33 % (bzw. 21.503 Stimmen) wurde nicht erreicht. Damit hat das Ergebnis den Status einer Mitgliederbefragung.

Auf Antrag A entfielen 8.809 Stimmen (44,2 %). Eine Mehrheit von 10.841 (54,4 %) der abstimmenden Mitglieder entschied sich für Antrag B. 1,4 % der abstimmenden Mitglieder enthielten sich.

FDP-Fraktion fordert mehr Einsatz für IT-Sicherheit

Berlin, 15.12.2011 - Zum Beschluss des Positionspapiers der FDP-Bundestagsfraktion zur IT-Sicherheit erklären die stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin Gisela PILTZ sowie der IT-Sicherheits- und Internetspezialist der FDP-Bundestagsfraktion Jimmy SCHULZ:

IT-Infrastrukturen sind die Lebensadern der Informationsgesellschaft. Diese vor Gefahren zu bewahren, ist eine wichtige Aufgabe von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und jedem Einzelnen. Daher legen wir mit unserem liberalen Positionspapier den Schwerpunkt auf Prävention. Neben einer Sensibilisierung für IT-Sicherheit sowohl bei Behörden und Unternehmen als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern setzen wir auf eine Stärkung der IT-Kompetenz.

Investitionen in die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen wie auch Behörden sind aus unserer Sicht Zukunftsinvestitionen. Hohe Standards und deren Umsetzung müssen eine Selbstverständlichkeit in allen Bereichen werden. Die Initiativen des Bundeswirtschaftsministeriums sind ausdrücklich zu begrüßen und müssen auf breiter Basis fortgesetzt werden. Datensicherheit ohne Datenschutz ist nicht denkbar. Daten, die erst gar nicht erhoben und gespeichert werden, können auch nicht kompromittiert werden. Datensparsamkeit ist daher ein zentrales Anliegen auch von Datensicherheit. Die geplante Stiftung „Datenschutz“ kann durch Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger und durch die Vergabe von Gütesiegeln an Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zu mehr Datenschutz und damit auch mehr Datensicherheit leisten.

Aus dem Bundesrat

Kinderschutz

Das Kinderschutzgesetz kann am 1. Januar in Kraft treten. Nach einem Kompromiss im Vermittlungsausschuss stimmten am 15.12.2011 der Bundestag und am 16.12.2011 der Bundesrat der überarbeiteten Vorlage der Bundesregierung zu. Mit dem Gesetz reagiert die Regierungskoalition auf eine steigende Zahl bekanntgewordener Fälle von Vernachlässigungen sowie auf Ergebnisse des Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch. Der FDP war dabei vor allem wichtig, dass neben der Intervention die Prävention im Kinderschutz gestärkt wird, betonte die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, **Miriam Gruß**. Dies sei gelungen: So würden beispielsweise Familienhebammen bundesweit als Institution gefördert. „Diese sozialpädagogisch geschulten Hebammen oder Kinderkrankenschwestern können Eltern zukünftig bis zu ein Jahr nach der Geburt begleiten, und so die Eltern-Kind-Beziehung frühzeitig stabilisieren. Zudem werden alle Akteure im Kinderschutz durch ein Netzwerk 'Frühe Hilfen' besser vernetzt und können so effektiver helfen“, so Gruß. Das Gesetz sieht weiterhin vor, dass hauptamtliche Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe künftig generell ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Es regelt erstmals auch bundesweit den Informationsaustausch der am Kinderschutz beteiligten Stellen wie den Ärzten und Jugendämtern.

Bundeshaushalt 2012

Der Bundeshaushalt für 2012 ist beschlossene Sache. Der Bundesrat billigte am 16.12.2011 in Berlin den Etat des Bundes. Danach hat die schwarz-gelbe Koalition für das nächste Jahr neue Schulden von 26,1 Milliarden Euro veranschlagt bei Gesamtausgaben von 306,2 Milliarden Euro. Der Bundestag hatte das Budget zuvor Ende November verabschiedet. Eine von den SPDgeführten Ländern geplante Entschließung, wonach die zwischen FDP und CDU vereinbarte Abmilderung der so genannten kalten Progression abgelehnt werden sollte, erhielt keine Mehrheit in der Länderkammer.

Löschen statt Sperren

Webseiten mit Kinderpornos sollen künftig nicht mehr gesperrt, sondern komplett gelöscht werden. Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat am 16.12.2011 dem Vorhaben zugestimmt, die umstrittenen Internet-Sperren zu kippen. Das noch von der schwarz-roten Vorgängerregierung beschlossene und bereits ausgesetzte Sperrgesetz wird damit endgültig aufgehoben. Widerstand gegen diese alte Regelung kam insbesondere von der FDP. Diese äußerte wiederholt starken Zweifel an der Wirksamkeit, weil die Sperren leicht zu um-

gehen seien. Deshalb sollen Seiten mit kinderpornografischen Inhalten künftig gelöscht werden.

Ärztlemangel

Der Beruf des Landarztes soll wieder attraktiver werden. Der Bundesrat ließ am 16.12.2011 ein entsprechendes neues Versorgungsgesetz passieren. Gesundheitsminister Daniel Bahr sieht in dem Gesetz ein gutes Mittel, die ärztliche Versorgung in der Fläche zu verbessern. Künftig müssen Ärzte beispielsweise keine Abschlüsse mehr auf ihre Honorare hinnehmen, wenn sie in dünn besiedelten Gebieten arbeiten. Zudem soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, weil Mediziner leichter Entlastungsassistenten finden können. Der Gesundheitsminister Schleswig-Holsteins, Heiner Garg, lobte die getroffenen Regelungen und appellierte an die SPD-geführten Länder, das Gesetz zu unterstützen. Die Länder hätten viele Gestaltungsspielräume hinzugewonnen, um selbst vor Ort- und nicht zentral aus Berlin gesteuert - die flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen, so Garg.

Visa-Warndatei

Nach dem Bundestag stimmte auch der Bundesrat am 16.12.2011 der Einrichtung einer sogenannten Visa-Warndatei zu. Damit sollen illegale Einreisen künftig wirksamer bekämpft werden. In der neuen Warndatei sollen alle Menschen erfasst werden, die in früheren Visaverfahren negativ auffielen - etwa durch falsche Angaben. Gespeichert werden aber auch jene, die im Zusammenhang mit Straftaten verurteilt wurden, die für Visaverfahren relevant sind. Dazu zählen etwa Menschenhandel, Schwarzarbeit oder Prostitution. Teile des Antrags sollen außerdem automatisch mit der Anti-Terror-Datei abgeglichen werden.

Impressum

Herausgegeben von:
Hartfrid Wolff MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Internet: www.hartfrid-wolff.de

Bundestagsbüro:
Tel: 030-227-75217
Fax: 030-227-76217
hartfrid.wolff@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Schwabstraße 31
71332 Waiblingen
Telefon: 07151/98 55 650
Telefax: 07151/98 58 649
E-Mail: Hartfrid.Wolff@wk.bundestag.de

Dilettante Ermittlungen muss Konsequenzen haben

Weitere Pannen bei Neo-Nazi-Überwachung ungläublich

Berlin, 19.11.2011 - Zu den aktuellen Veröffentlichungen zu den Pannen bei der Beobachtung des Neo-Nazi-Trios erklärt der stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Vorsitzende des Arbeitskreises Innen & Recht der FDP-Bundestagsfraktion Hartfrid WOLFF:

Die Versäumnisse bei der Überwachung des Neo-Nazi-Trios sind haarsträubend. Dieses Versagen der Sicherheitsbehörden muss Konsequenzen haben. Der Dilettantismus sowohl in den Ländern, u.a. in Thüringen, als auch auf Bundesebene darf nicht so weiter gehen. Die Abstimmung der verschiedenen Sicherheitsbehörden untereinander verlangt nach einer deutlich besseren Verzahnung und Zusammenführung der Informationen, aber auch nach einer lückenlosen Aufklärung durch den Deutschen Bundestag.

Wir brauchen schon im Januar endlich die Einsetzung eines **Sonderermittlers** beim Parlamentarischen Kontrollgremium, der die Akten u.a. aus Thüringen und Sachsen anfordert. Die Länder dürfen nicht mehr mit ihrer Hinhaltenaktik durchkommen. Die Bürger haben ein Recht darauf, umfänglich und schnell zu wissen, was damals passiert ist.

Foto Aktuell



Das Thema Rechtsextremismus war ein zentraler Punkt beim rechts- und innenpolitischen Kolloquium der Reinhold-Maier-Stiftung am 10. und 11. Dezember 2011 auf dem Landgut Burg bei Weinstadt-Beutelsbach.

Hartfrid Wolff und Prof. Dr. Ulrich Goll äußerten sich besorgt über die aktuellen Entwicklungen um die Neonazi-Bande aus Zwickau. Besonders das Thema V-Leute und das angestrebte NPD-Verbotsverfahren waren ein Thema sowie der Einsatz von Trojanern und die Vorratsdatenspeicherung.
Foto: Kiessling